

ANFRAGE von Barbara Grüter (SVP, Rorbas), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) und Donato Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen)

Betreffend **Eigentalstrasse:** Güterabwägung unter den aktuellen Bedingungen statt Massnahmen gegen die lokale Bevölkerung durchdrücken

In den Gemeinden rund um das Eigental hat sich mit der nahenden Schliessung der Durchgangsstrasse erneut Widerstand gegen diese Massnahme gebildet. In der Allianz „Unser Eigental“ haben sich rund 400 Personen und 13 Gemeinden zusammengeschlossen, um sich gegen die vollständige Schliessung zu wehren. Die drei Standortgemeinden Oberembrach, Nürensdorf und Kloten haben zudem von ihren Legislativen den Auftrag erhalten, die vollständige Schliessung zu verhindern. Der Allianz und den Gemeinden geht es darum, die Strasse im heutigen Rahmen (inkl. Teilschliessung) offen zu halten.

Erste Gespräche mit Vertretern des Kantons sind dem Vernehmen nach aber wenig erfolgversprechend verlaufen. Statt auf die aktuelle Situation einzugehen und die Entwicklung der letzten Jahre unvoreingenommen einer Überprüfung zu unterziehen und festzustellen, ob die vor knapp 10 Jahren erwarteten Effekte tatsächlich eingetreten sind, scheinen die kantonalen Stellen die vollständige Schliessung trotz mangelhafter Daten- und Faktenlage, ohne die Bereitschaft zu Kompromissen und gegen den Willen der lokalen Bevölkerung durchdrücken zu wollen.

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Kann der Regierungsrat darlegen, weshalb bis heute keine wissenschaftliche Datenerhebung vorgenommen wurde, welche die konkrete Situation im Eigental bezüglich der Verkehrsauswirkungen der Teilschliessungen und der tatsächlichen Effekte auf die Naturwerte darlegen respektive die Grundlagen dafür bilden kann?
2. Kann die Regierung erklären, ob – und falls ja. ab wann – ein Monitoring über die Entwicklung rund um den Betrieb resp. die Teilschliessung der Eigentalstrasse bezüglich der verkehrlichen Auswirkungen und der Verbesserung der Naturwerte eingerichtet wird?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass allgemeine „Studien über die Auswirkungen von Strassen auf Lebensräume“ als Grundlage für einschneidende Massnahmen genügen? Oder darf die betroffene Bevölkerung erwarten, dass die konkrete Situation und damit auch die Auswirkungen auf die Lebensräume der Menschen überprüft und beurteilt werden?
4. Ist der Regierungsrat der Auffassung, dass aufgrund von allgemeinen Studien, Meta-Analysen, Planung und Annahmen die Verhältnismässigkeit von Entscheiden beurteilt und eine sachgerechte Güterabwägung erfolgen kann? Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Überprüfung von Entscheiden auf einer solchen Basis nach einigen Jahren zweckmässig sein könnte?
5. Denkt der Regierungsrat, dass die verkehrliche Situation rund um das Eigental in den letzten 10 Jahren unverändert geblieben ist? Falls ja: Gibt es Erhebungen und Zählungen, welche diese Haltung stützen? Falls nein: Wie beurteilt der Regierungsrat die heutige Situation auf den in der Vereinbarung 2017 für die Entlastung des Eigentals vorgesehenen Routen auf dem übergeordneten Strassennetz?

6. Mit welchen Massnahmen und in welchem Zeitraum gedenkt der Regierungsrat die verkehrliche Situation rund um das Eigental so zu verbessern, dass der für die Anwohner gefährliche Ausweichverkehr durch Quartiere und Weiler nicht mehr stattfindet?

Barbara Grüter
Linda Camenisch
Donato Scognamiglio